

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mt., bei Selbstabholung 5.50 Mt. Durch die Post bezogen vierteljährlich 15.— Mt., für einen Monat 5.— Mt., Beleggeld vierteljährlich 90 Pfa., monatlich 30 Pfa., Preis der Einzelnummer 30 Pfa. — Tel. 4508. — **Postkontonr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 13693. — **Verlag in Leipzig,**
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 4508

Inseratenpreise: Die 7 gespaltene Kolonelle ober deren Raum 1.90 Mt. bei Platzvorkauf 2.30 Mt.; Familienanzeigen für die Zeile 1.70 Mt. Reklame-Kolonelle 7.50 Mt. — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Nachnahme für die nächste Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Das Verschwörerneß Bayern.

Die „unauffindbaren“ Kapp-Putschisten in Bayern.

Berlin, 18. Mai. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Unser Berliner Korrespondent erzählt aus zuverlässiger Quelle, daß General Kitzing sowohl wie auch Oberst Bauer und Major Bischoff ihren Aufenthalt nach Bayern verlegt haben. Sie üben dort ihre Tätigkeit in der Organisation neuer reaktionärer Truppenaufstellungen aus. Die zuständigen Stellen sind insofern der politischen Lage nicht dazu imstande, irgend etwas Ernsthaftes gegen das Treiben der kappistischen Verschwörer zu unternehmen.

Die „zuständigen Stellen“ (d. h. die Regierung bzw. ihre Organe) sind nicht in der Lage, etwas Ernsthaftes gegen die Verschwörer zu tun! Weshalb nicht? Weil in Bayern der Belagerungsstand herrscht — nebenbei 3 Wochen vor den Reichstagswahlen; das Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie in München ist seit Wochen unterdrückt — und die Reichsregierung daher in Bayern nichts machen kann. (Es wäre denn die Aufhebung des durch nichts gerechtfertigten Belagerungsstandes, was sie offenbar nicht wagt!) Die bayerische Regierung v. Raab aber ist fleisch vom fleisch der Kappisten und begünstigt die Kappbände. Wie es in Bayern aussieht, davon erzählt v. G. v. S. in der neuesten Nummer der Welt am Montag folgendes:

Der Sonderberichterstatter des V. Z. in Bayern meldete kürzlich, daß die Wittelsbacher nach Bayern zurückgerufen worden wären, wenn sich Kapp-Rückzug nur ein paar Tage länger in Berlin gehalten hätten.

Die Wittelsbacher regieren noch nicht wieder in München, aber die Wittelsbachererei hat in Bayern seit dem 13. März offen ihre Herrschaft angetreten. Der bayerische Kapp ist Dr. Helm, der bayerische Kitzing ist General v. M. v. H. Was die Herren von den preussischen Putschisten unterscheidet, ist nur, daß sie schäner sind. Sie haben völlig „gefegelmäßig“ den verbandenen Militarismus und Kapitalismus mit monarchistischem Hintergrund aus Ruder gebracht. Der Ministerpräsident, der protestantisch-konservative Herr v. Raab, ist lediglich ihr Instrument.

Bayern ist die Hochburg der deutschen Reaktion geworden. Hier können die zaristischen Russen ihre dunklen Pläne schmieden. Hier können die Hohenzollern lächelnd ihre Verbrechen über die Bedeutung eines Staatsvertrages in der deutschen Republik anstellen. Hier können die Bakstümer sich von den Strapazen des letzten Bürgerkriegs erholen und frische Kräfte für den neuen Kampf sammeln. Hier wütet der Belagerungsstand mit einer Schärfe gegen links, die sich in den willkürlichsten Verhaftungen und Verböten äußert, die z. B. durch das zeitlich unbegrenzte Verbot des Münchener Organes der Unabhängigen eine ganze große Partei für den Wahlkampf einfach mundtot zu machen versucht. Hier hat in dem Münchener Polizeipräsidenten Pöhlner Herr v. Jagow fröhliche Urständ erlebt. Hier findet man in jedem Nest Blakate für die „Bayerische Königsparade“ und ihr Organ, den „Bayerischen Königsboten“. Hier sind sogar die jüdischen Rechtssozialisten, die einst das Todesurteil gegen Levine richtig vollstreckten, aus der Regierung ausgespart. Allerdings — die „Demokraten“ machen noch mit! Aber welcher Couleur diese Schutzhilde der bayerischen Reaktion sind, dafür spricht die Tatsache, daß sie den bisherigen Verordneten Däubler wegen seines wirklich nicht extremen Pazifismus aus ihrer Kandidatenliste ausgespart haben.

Wie der Kampf für die Republik belohnt wird!

Berlin, 18. Mai. (L. U.) Der Reichsrat hat gestern mit 39 gegen 15 Stimmen die Verordnung über die Entschädigung der Arbeitnehmer für Verluste an Arbeitseinkommen aus Anlaß des Generalstreiks abgelehnt.

Man wundern sich über nichts mehr! Wollen die Herren von der Koalitionregierung den Arbeitern sagen, daß sie sich ein zweitesmal nicht um die Rettung dieser Regierung vor einer Wiederholung des Kapp-Putsches bemühen sollen? Vielleicht rechnen sie darauf, daß die Arbeiterschaft um ihrer eigenen Sache willen die Republik verteidigen muß? Das ist richtig, um so mehr aber muß das Verhalten der jetzigen Machthaber, daß gegen die Koalition erwidert, die den Gedanken der Republik diskreditiert. Man halte zu dieser Behandlung der Arbeiter die Mißhandlung und Misshandlung der „verfassungstreuen“ Truppen in der Reichswehr — Gall Dorscher und andre —, die Justizschande im Ruhrrevier, die rücksichtslose Behandlung oder besser gesagt Beanspruchung der Kapp-Offiziere und der andern Kapp-Verbrecher, von denen noch kein einziger verurteilt ist. Und dann könnte man sich wirklich fragen, ob diese Koalitionregierung Milder-Gesetze etwa mit voller Absicht Selbstmord begeht! Man könnte vermuten, daß das nach rechts schwenkende Zentrum durch seine in der Regierung sitzenden Vertreter die Koalition vor den Wahlen noch recht kräftig diskreditieren versucht, um die Wahlsicherheit eines bürgerlichen Regiments nach den Wahlen zu schaffen. Die

Rechtssozialisten sind zu schwach und zu spartakistenfeindlich, um diese Jesuitentat zu durchzuführen oder gar zu durchkreuzen. Die Arbeiterklasse muß bei den Wahlen alles aufbieten, um diesem System der bürgerlich-rechtssozialistischen Koalition ein Ende zu machen.

Das Ruffenlager in Altengradow.

Berlin, 18. Mai. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Zum Zwecke der Untersuchung des Materials, das über die Treibereien im Ruffenlager Altengradow von der Magdeburger Volksstimme und der Freiheit veröffentlicht worden war, war gestern eine Kommission des Heeresabwühlungsamtes, an der auch unser Berliner Korrespondent teilnahm, nach Altengradow gesandt worden. Es wurde festgestellt, daß die dortigen Vermont-Russen ohne jede Aussicht sich frei in dem nicht eingezäunten Lager bewegen können. Eine Bewachungskompagne besteht nicht. Die russischen Truppen besitzen ihren eigenen Kommandeur mit Strafgewalt. Die Offiziere sind zum großen Teil noch im Besitze ihrer roten Blanken Waffen. Sie bewegen sich mit sämtlichen Orden und Ehrenzeichen frei auf dem Truppenübungsplatz Altengradow. Es kann nicht aseasoniert werden, daß in der Tat mehrfach Bezüge von Werbungen vorgekommen sind, so in der letzten Zeit durch mehrere Werber. Ein Teil der Werbungen ist zwar als regulär angesehen worden und von dem Heeresabwühlungsamt und Herrn Kapp genehmigt worden. Es handelt sich um Landarbeiter für Ostpreußen. Aber auch hier ist große Vorsicht am Platze, da die tatsächliche Verwendung der Angeworbenen kaum einwandfrei festgestellt werden könnte. Es ist dringend erforderlich, daß dem Zustande in Altengradow ein Ende bereitet wird. Das Lager macht den Eindruck eines Wallensteinlagers, in dem Frauen und unverheiratete Mädchen, Schwestern und Angestellte mit den Soldaten zusammenleben. Das Heeresabwühlungsamt hat sich davon überzeugt, daß die Aufrechterhaltung dieser Zustände nicht länger möglich ist und wird in Kürze für den Abtransport eines großen Teiles des Lagers in andre Gefangenenlager sorgen.

Ob dort Werbungen für die gegenrevolutionären Armeen, die wider Sowjetrußland aufgestellt werden, besser vorgebeugt wird? Wir sind in dieser Hinsicht sehr skeptisch!

Der Wortbruch in Bermanenz.

Die Ruhrrevier-Julijshande.

Berlin, 18. Mai. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Die Freiheit veröffentlicht heute morgen acht Urteile aus dem Ruhrgebiet über Mitglieder der „Roten Armee“, die keine sonstigen Delikte begangen haben und lediglich wegen ihrer Teilnahme an den Kämpfen der Roten Armee oder auch nur als Posten in den einzelnen Städten zu 6 Monaten bis zu einem Jahr Gefängnis und drei Jahren Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilt worden sind.

Die Regierung läßt also ungerührt durch alle Protest und Forderungen, ungerührt selbst durch Mahnungen aus dem Lager der Rechtssozialisten, wie wir erst gestern eine veröffentlicht haben, ihr wiederholt verpöndeltes Wort auf schmählichste brechen. Die Kriegsgerichte speisen auf die Regierungserklärungen und die Regierung sieht dem stillschweigend zu. Der Skandal wird jeden Tag größer. Wird die Nationalversammlung bei ihrem morgigen Zusammentritt die Regierung stellen?

Die endgültigen Wahlziffern in Braunschweig.

Braunschweig, 17. Mai. Bei den gestern im Reichsamt Braunschweig stattgefundenen Wahlen zur Landesversammlung entfielen auf die Liste der Mehrheitssozialisten 32 080, des Landesverbandes (Bürgerl. ohne Demokraten) 83 378, der Demokraten 21 225, der Kommunisten 2402, der Unabhängigen 81 310. Eine Anzahl Ortshausen steht noch aus. Bei der letzten Landtagswahl im Dezember 1918 erhielten die Sozialdemokraten 58 759, der Landesverband 55 621, die Demokraten 40 293, die Unabhängigen 51 072. Die Kommunisten hatten 1918 keine eigene Liste aufgestellt.

Die noch ausstehenden Ortshausen dürften an dem Ergebnis nicht mehr viel ändern. Wir haben demnach einen stolzen Erfolg der unabhängigen Sozialdemokratie, die ihre Stimmenzahl um 20 048 erhöhte, noch um über 3000 Stimmen mehr, als die Rechtssozialisten verloren (26 079). Die vereinigten reaktionären bürgerlichen Parteien (Deutschnationale Deutsche Volkspartei, Welfen usw.) sind freilich auch um 27 757 Stimmen gewachsen, die sie zum Teil den Demokraten abgenommen haben dürften, die um 24 708 Stimmen zurückgingen. Fast bedeutungslos sind die Kommunisten.

Eine sozialistische Mehrheit wäre da — 116 452 sozialistische gegen 104 808 bürgerliche Stimmen —, wenn man die Rechtssozialisten zu den Sozialdemokraten rechnen darf! Das muß sich erst erweisen — ihre bisherige Praxis sprach eher für das Gegenteil. Aber vielleicht bewirkt diese Erfahrung eine Umkehrung und Umkehr!

Um die Einwohnerwehren.

Der zühilfliche „Ortschutz“ in Sachsen.

Die wichtigste Forderung der sozialistischen Arbeiterschaft nach dem Kapp-Putsch war die auf Bewaffnung der Arbeiterschaft. Das Proletariat wollte nicht mehr schutzlos den reaktionären Militärs, Zettfreiwilligen und Bauernwehren ausgeliefert sein. Dieser Forderung wurde von der sächsischen Volkskammer insofern Rechnung getragen, als sie in ihrer Sitzung vom 16. März beschloß, überall Einwohnerwehren zu bilden, die sich zu 1/2 aus organisierten Arbeitern und Angestellten und zu 1/2 aus Angehörigen der demokratischen Partei zusammensetzen sollten. Deutschnationalen und Deutschen Volksparteilern, die sich als offene und versteckte Feinde der Republik erwiesen hatten, sollte der Beitritt verweigert bleiben. In vielen Städten, so auch in Leipzig, wurden von den städtischen Räteparlamenten unter dem Eindruck des Kapp-Putsches vorbereitende Ausschüsse für die Bildung dieser Wehren eingesetzt. Auch in den Arbeiterorganisationen wurden die Vorarbeiten geleistet.

Das erschrockene sogenannte „demokratische“ Bürgertum hat sich allerdings recht bald von jenem Beschluß wieder abgewandt. Aus Furcht vor ihrem Besitz werfen sich die demokratischen Jammereulen der offenen Reaktion in die Arme.

Auch die Rechtssozialisten haben bald die Forderungen wieder verleugnet, die sie im Revolverkampf gemeinsam mit der unabhängigen Sozialdemokratie aufgestellt hatten. Erleichtert wurde ihnen dieser Rerrat durch die Stellungnahme der Ententemächte gegenüber den Einwohnerwehren, die in diesen eine Neuauflebung des alten Militarismus erblickten. Inwieweit die Militärs der Ententemächte, vor allem Frankreichs, von reaktionären deutschen Kreisen zum Vorgehen gegen die Einwohnerwehren ermuntert wurden, gelangt hoffentlich noch einmal auf den Tisch. Es ist schon sehr eigentümlich, daß ausgerechnet in dem Augenblick, wenn die Einwohnerwehren vorgegangen sind, wo die Arbeiterschaft einen Einfluß auf sie bekommen soll. Noch eigentümlicher wäre es, wenn zutreffen sollte, was jetzt aus Bayern gemeldet wird, daß nämlich Bayern seine Einwohnerwehren behalten dürfte, die sich bekanntlich nur aus streng reaktionären Elementen zusammensetzen! Die weiße Internationale würde da ein treffliches Mittel von Soldatentum zum besten geben.

Die sächsische Regierung hat sich bereit, den angeblichen Wünschen der Ententemächte nachzukommen. In einem Rundschreiben vom 3. Mai 1920 teilt sie den Gemeinden mit, daß sie sich den Forderungen der Ententemächte füllen müsse. Der restlosen Auflösung der Einwohnerwehren stehe jedoch die Notwendigkeit gegenüber, angesichts der noch immer bestehenden Gefährdung der öffentlichen und persönlichen Sicherheit und der unzureichenden finanziellen Mittel eine freiwillige Organisation der auf dem Boden der verfassungsmäßigen Ordnung stehenden Bevölkerung zu ihrem Schutz beizubehalten. So erwünscht es wäre, mit der Umorganisation der Wehren zu warten, bis die endgültige Entscheidung des Bundes vorliegt, so erfordere doch die Erhaltung und Wiederherstellung der Staatsautorität, daß dem letzten unangenehmen Zustand der Wehren schnellstens ein Ende gemacht wird.

Was die Regierung damit meint, läßt sich aus den beigefügten Richtlinien erkennen. Die neue Wehr, genannt „Ortschutz“, soll ein freiwilliger Schutz für Leben und Eigentum werden und besonders zum Schutz und Erhaltung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse dienen. Vor allen Dingen aber soll der Ortschutz die Wiederergewinnung der in unberechtigten Händen befindlichen Waffen mit allen Mitteln betreiben. Die Amts- und Kreishauptmannschaften sollen sich namentlich der Entwaffnung mit allem Nachdruck widmen. Zu diesem Zwecke soll der „Ortschutz“ in den Städten der Ortshausen unter Aufsicht der Kreishauptmannschaften.

Die Führer sollen von den Angehörigen der Wehr selber mindestens auf die Dauer eines Jahres gewählt werden, müssen aber von den Kreishauptmannschaften bestätigt werden. Die Bewaffnung, die nach Art und Grad auf das unbedingt nötige Maß eingeschränkt werden müsse, bedarf der Genehmigung der Kreishauptmannschaften. Die Waffen sollen in den Städten von der Polizei, in den übrigen Gemeinden von den Amtshauptmannschaften verwahrt werden. Die Umbildung soll bis zum 30. Juni erfolgt sein.

Die Mitglieder des Ortschutzes sollen also nach dem Willen der Regierung eine Art freiwilliger Nachwächter für die Hüter der Bestehenden werden. Kein Wort wird mehr davon gesprochen, daß es der Arbeiterschaft vor allen Dingen darauf ankomme, ein Gegengewicht gegen die in den Händen der monarchisch-kapitalistischen Gegenrevolutionäre befindlichen Reichswehr- und Zettfreiwilligenformationen zu schaffen. Im Gegenteil,